



Nr. 48

18. Dezember 2025

Inhalt

Einkommensrunde der Länder

Öffentlicher Dienst sendet starkes Signal: So geht es nicht!

Abschlussbericht der Bund-Länder-AG zur Pflegereform

Viele Vorschläge, wenig Konkretes, Chance vertan

dbb frauen

Gender Pay Gap: Stillstand bei Entgeltgleichheit ist ein Warnsignal

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Deutscher Philologenverband (DPhV)

Datenbasierte Steuerung und Entwicklung von Schulen statt bloßer Lernstandserhebung

Namen und Nachrichten

aktuell

Informationsdienst des dbb

Einkommensrunde der Länder

Öffentlicher Dienst sendet starkes Signal: So geht es nicht!

Landesweit gab es diese Woche Protestaktionen von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder.

Am 18. Dezember 2025 kam es unter anderem in Berlin und Schwerin zu Kundgebungen für höhere Einkommen und bessere Arbeitsbedingungen.

In Berlin verdeutlichte Andreas Hemsing, zweiter Vorsitzender und Fachvorstand Tarifpolitik des dbb, den Ernst der Lage: „Einkommensrunden sind nie einfach, aber diesmal wird es besonders herausfordernd.“ In der ersten Verhandlungsrunde hatte die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) kein Angebot vorgelegt. „Nicht nur das: Sie hat unsere berechtigten Forderungen als astronomisch bezeichnet.“ Zudem hatte der bayrische Ministerpräsident Markus Söder losgelöst von einem möglichen Ergebnis angekündigt, zukünftige Erhöhungen erst sechs Monate später an die Beamtinnen und Beamten weiterzugeben. „Der Staat verliert immer mehr an Vertrauen bei den Bürgerinnen und Bürgern. Aber diejenigen, die tagtäglich mit nicht ausreichenden Rahmenbedingungen für Bildung, Sicherheit und Ordnung sorgen, sollen bei so einer Situation in die Röhre schauen. Wenn die TdL meint, uns in diesem Winter die kalte Schulter zeigen zu können, werden wir ihnen bis zu den nächsten Verhandlungen ordentlich einheizen müssen. Denn eine Tarifierhöhung ist kein Weihnachtsgeschenk, wir müssen sie hart erkämpfen“, betonte Hemsing.

In Schwerin erklärte der dbb-Landeschef Dietmar Knecht: „Die Hoffnungen auf konstruktive Verhandlungen haben sich nach dem Verhandlungsauftritt am 3. Dezember 2025 schnell zerschlagen: Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) mauert.“ Um ihre Empörung über diese Verweigerungshaltung auszudrücken und ihre berechtigten Forderungen zu untermauern, hatten Landesbeschäftigte aus Mecklenburg-Vorpommern eine Protestwoche unter dem Motto „JETZT SCHLÄGT'S 13!“ gestartet und eine tägliche Mahnwache

vor der Staatskanzlei eingerichtet. „Mit Blick auf die anstehenden Feiertage und mit Rücksicht auf die Bevölkerung sind wir bisher noch zurückhaltend. Aber: Wir lassen nicht locker!“

Bereits am Tag zuvor hatten im saarländischen Neunkirchen mehr als 150 Beschäftigte des Landesamtes für Straßenbau demonstriert. „Es ist durch nichts zu rechtfertigen und auch nicht vermittelbar, dass die Kolleginnen und Kollegen, die im Saarland angestellt sind, schlechtere Konditionen hinnehmen müssen als beispielsweise Kommunalbeschäftigte. Wir fordern gleiches Geld für gleiche Arbeit“, sagte Sascha Alles, Landesvorsitzender des dbb saar am 17. Dezember 2025.

Berichte und Bilder von allen Aktionen zur Einkommensrunde gibt es unter www.dbb.de/einkommensrunde.

Hintergrund: Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes fordern für die Beschäftigten der Länder unter anderem eine Erhöhung der Tabellenentgelte der Beschäftigten um 7 Prozent, mindestens um 300 Euro monatlich sowie eine Erhöhung der Azubi-/Studierenden/Praktikantinnen/Praktikanten-Entgelte um 200 Euro. Von den Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) sind etwa 3,5 Millionen Beschäftigte betroffen: direkt ca. 1,1 Millionen Tarifbeschäftigte der Bundesländer (außer Hessen), indirekt ca. 1,4 Millionen Beamtinnen und Beamte der entsprechenden Länder und Kommunen sowie rund eine Million Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger. Die kommenden zwei Verhandlungsrunden sind für den 15./16. Januar sowie den 11.-13. Februar 2026 vereinbart.

Abschlussbericht der Bund-Länder-AG zur Pflegereform

Viele Vorschläge, wenig Konkretes, Chance vertan

Trotz einzelner positiver Punkte bleibt der Bericht aus Sicht des dbb in wesentlichen Aspekten zu vage und wenig innovativ. dbb-Chef Volker Geyer zieht Bilanz:

„Erfreulich ist, dass die Arbeitsgruppe die Entgeltersatzleistung zumindest in Ansätzen auf-

gegriffen hat. Damit geht eine langjährige Forderung des dbb in Erfüllung. Ohne pflegende

Angehörige würde das Pflegesystem zusammenbrechen. Sie finanziell zu entlasten hat oberste Priorität. Nun muss die Politik Geld in die Hand nehmen, damit es zu spürbaren Entlastungen kommt.“ Zudem begrüße der dbb, dass künftig besonders Pflegebedürftige ohne An- und Zugehörige in den Fokus genommen werden. „Häufig wird diese Personengruppe nicht ausreichend vom sozialen Netz aufgefangen“, erklärte Geyer. „Die Frage ist jedoch, wie die geplanten ‚Kümmere vor Ort‘ finanziert werden sollen.“ Auch die Leistungsbündelung sei ein positives Signal, sei aber schlussendlich von den konkreten Zuschnitten abhängig.

An einigen Stellen gehe der Bericht allerdings an der Realität des Lebens vorbei: „Die Pflegereform will die Versorgung in der Fläche sicherstellen. Das ist ein ehrenwertes Ziel. Jedoch erscheinen Unterstützungspflichten durch die Pflegekassen für den Fall, dass Pflegebedürftige keine Angebote finden, alles andere als trivial“, kritisierte der Bundesvorsitzende des dbb. Auch die Stärkung der Prävention würde eine langjährige dbb-Forderung erfüllen, die entlastenden Wirkungen werden sich aber erst mittel- bis langfristig entfalten. Ein weiteres gemischtes Paket ist die Schaffung einer „Vertrauenskultur“ in der stationären Pflege durch Rückführung der Dokumentations- und

Kontrolldichte. „Das schafft für die Leistungserbringer neue Gestaltungsspielräume, die durchaus kostentreibend wirken können.“ Der dbb spricht sich daher für intelligente, KI-gestützte Dokumentationen aus, die das Personal entlasten, die stationären Einrichtungen jedoch nicht aus der Pflicht entlassen. Fingerspitzengefühl sei auch bei der Anpassung der Schwellenwerte zum Erreichen eines Pflegegrades gefragt: „Das muss zwingend unter enger Einbindung von Fach- und Betroffenenverbänden erfolgen, um Härten zu vermeiden“, forderte Geyer.

Definitiv ein Fehlgriff ist der Vorschlag, das Pflegegeld in Pflegegrad 2 und 3 in den ersten drei Monaten eines Pflegegeldbezugs zu kürzen. Geyer: „De facto ist das eine Karenzzeit durch die Hintertür. Das ist zynisch. Wir lehnen das entschieden ab.“ Genauso fehlgeleitet sei die diskutierte Umwandlung der Pflegeversicherung zu einem pauschalen Eigenanteil. „Das dürfte unbezahlbar sein und ist damit nichts als eine Scheindebatte“, betonte der dbb-Chef. Der Bericht schlägt darüber hinaus eine kapitalgedeckte Vorsorge vor, die langfristig zu mehr Generationengerechtigkeit führen sollte. Hier bleibe der Bericht aber zu vage, kritisierte der dbb.

dbb frauen

Gender Pay Gap: Stillstand bei Entgeltgleichheit ist ein Warnsignal

Das Statistische Bundesamt hat neue Zahlen veröffentlicht. Demnach stagniert der unbereinigte Gender Pay Gap bei 16 Prozent.

„Das zeigt, dass strukturelle Benachteiligungen von Frauen am Arbeitsmarkt weiterhin bestehen und politische Maßnahmen noch nicht ausreichen. Stillstand bei der Entgeltgleichheit ist kein neutraler Befund, sondern ein politisches Warnsignal“, betonte Milanie Kreutz, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung und stellvertretende dbb Bundesvorsitzende am 17. Dezember 2025 in Berlin. Auch der bereinigte Gender Pay Gap hat sich nicht bewegt und liegt weiterhin bei sechs Prozent. Kreutz: „Selbst bei vergleichbarer Tätigkeit, Qualifikation und Erwerbsbiografie besteht weiterhin ein geschlechtsspezifischer Nachteil, der nicht allein durch individuelle Faktoren erklärbar ist.“

Der öffentliche Dienst steht mit einem Lohnunterschied von nur vier Prozent deutlich besser da als die Privatwirtschaft (17 Prozent). Die dbb frauen-Chefin machte klar: „Der deutlich geringere Gender Pay Gap im öffentlichen

Dienst zeigt, dass Lohntransparenz, Tarifbindung und klare Laufbahnregelungen wirken. Wo Bezahlung nachvollziehbar geregelt ist, schrumpft die Lohnlücke. Der öffentliche Dienst trägt eine besondere Verantwortung, weil er zeigen kann, wie faire Arbeitsbedingungen konkret aussehen.“

Entgeltgleichheit ende aber nicht beim Stundenlohn, sondern entscheide sich vor allem beim Zugang zu Beförderung und Führungspositionen sowie bei Beurteilungspraktiken, unterstrich Kreutz: „Ein diskriminierungsfreies Fortkommen im öffentlichen Dienst heißt, dass Leistung zählt und nicht etwa eine Vollzeitätigkeit oder Präsenz im Büro. Gerade der öffentliche Dienst muss zeigen, dass Führung und Entwicklung auch in reduzierter Arbeitszeit und mit Fürsorgeverantwortung möglich sind.“ Auch die Elternzeit dürfe für junge Eltern nicht zu einem Karriereknick führen. „Elternzeitmo-

nate müssen zumindest mit einem Mindestumfang auf die Stufenlaufzeit angerechnet werden“, forderte Kreutz.

„Ebenso zentral ist die Frage der Eingruppierung. Unklare oder veraltete Tätigkeitsbeschreibungen führen dazu, dass gleichwertige Arbeit systematisch unterbewertet wird, besonders in Berufsgruppen, in denen überwiegend Frauen tätig sind. So wird strukturelle Benachteiligung fortgeschrieben“, erklärte die dbb Vize. Der öffentliche Dienst könne und müsse beweisen, dass leistungsbezogene Bezahlung und Karriereentwicklung frei von struktureller Benachteiligung möglich sind und damit Maßstäbe für den gesamten Arbeitsmarkt setzen.

„Am Ende des Tages ist Entgeltgleichheit eben keine Frage von Geduld, sondern von politischem Willen und struktureller Konsequenz.“

Hintergrund

Das Statistische Bundesamt hatte am 16. Dezember 2025 neue Zahlen zum Gender Pay Gap veröffentlicht. Im Jahr 2025 lag der durchschnittliche Bruttostundenverdienst von Frauen (22,81 Euro) deutlich unter dem der Männer (27,05 Euro). Der unbereinigte Gender Pay Gap ist wesentlich ausgeprägter in Westdeutschland (17 Prozent) als in Ostdeutschland (5 Prozent). Sowohl der unbereinigte als auch der bereinigte Gender Pay Gap lagen im Vorjahr bereits bei 16 bzw. sechs Prozent.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Deutscher Philologenverband (DPHV)

Datenbasierte Steuerung und Entwicklung von Schulen statt bloßer Lernstandserhebung

Anlässlich der Bildungsministerkonferenz am 18. Dezember 2025 fordert der DPhV, bei der Umsetzung einer datenbasierten Steuerung und Entwicklung von Schulen drei zentrale Punkte in den Fokus der politischen Debatte zu stellen: Zielklarheit, Rollenklarheit, Ressourcenklarheit!

Das Ziel einer solchen Steuerung müsse die verstärkte Leistungsförderung der Schülerinnen und Schüler im Schulwesen sein. Die Rolle der Bildungsministerien der Länder dürfe nicht darin bestehen, immer mehr Daten von Schulen zu fordern, um lediglich ein Mehr an Lernstandserhebungen und Lernverläufen anzuhäufen. Vielmehr müssen sie für die Schulen ein differenziertes Angebot an datensparsamen, nutzerorientierten Rückmelde- und Förderformaten bereitstellen, das direkt von den Lehrkräften für die Förderung der Schülerinnen und Schülern genutzt werden kann.

Die Länder müssen für eine höhere Qualitätsentwicklung im Bildungswesen die notwendigen Ressourcen bereitstellen, um Zusatzbelastungen für Schulleitungen und Lehrkräfte zu vermeiden, vorhandene Überbeanspruchung zu senken und neue Funktionsstellen zu schaffen.

Deutschland hat ein zunehmendes Problem mit nachlassenden Schülerleistungen: Zu viele Schülerinnen und Schüler verlassen die Schule ohne Abschluss, der Bildungserfolg hängt nach wie vor zu stark von der sozialen Herkunft ab, die anspruchsvolle Leistungsforderung und -förderung muss ernster genommen werden. Bildungspolitische Maßnahmen

der Länder müssen vom Dienstherrn selbst stärker an der konkreten individuellen Leistungsförderung der Kinder und Jugendlichen ausgerichtet werden. Förderformate, die auf bereits bestehenden und kontinuierlich weiter erhobenen Daten basieren, sollten nicht ständig von Lehrkräften neu entwickelt werden müssen. Stattdessen sollten sie ihnen auf Grundlage von empirischen Erkenntnissen bereits aufbereitet zur Verfügung stehen, damit eine systematische Qualitätsförderung im Schulwesen besser gelingen kann.

DPHV-Bundesvorsitzende Susanne Lin-Klitzing: „Zentrale Datenerhebungen dürfen nicht länger Selbstzweck sein und ihre Nutzung den Lehrkräften als kreative Übung übergeben werden. Sie müssen strukturell und unmittelbar mit praktisch nutzbaren Vorschlägen für konkrete Fördermaßnahmen verbunden sein, die tatsächlich bei den Schülerinnen und Schülern ankommen. Die Bildungsministerkonferenz sowie die einzelnen Bildungsministerinnen und -minister – also die Dienstherrn der Lehrkräfte – müssen vor Beginn weiterer einzelner Länderinitiativen Antworten auf folgende Fragen geben können: Was muss datensparsam für eine passgenaue Förderung erhoben werden? Was passiert durch den Dienstherrn nach der Da-

tenerhebung? Mit welchen strukturell angebotenen Formaten kann konkret gefördert werden? Welche Art von dafür erforderlicher funktionierender IT-Infrastruktur und -wartung muss dafür vorgehalten werden und wie wird diese kontinuierlich finanziert? In welchem Zusammenhang dürfen eine mögliche Schüler-ID, die im Rahmen einer datenbasierten Steuerung diskutiert wird, und eine Bürger-ID (jetzt: Deutschland-ID) überhaupt stehen? “

Im Vorfeld der 6. Bildungsministerkonferenz appelliert der Deutsche Philologenverband daher an die Bildungspolitiker, den politischen und rechtlichen Orientierungsrahmen sowie die nötigen Ressourcen vorab zu klären und Lernende und Lehrende in den Mittelpunkt kluger Maßnahmen zu stellen. „Nur so kann es gelingen, die Bildungsergebnisse in Deutschland nachhaltig zu verbessern“, so Lin-Klitzing.

Namen und Nachrichten

Am 9. und 10. Dezember 2025 hat die Vertreterversammlung und die Bundesvertreterversammlung der Deutschen Rentenversicherung Bund (DRV Bund) getagt. Ein zentraler Punkt auf der Tagesordnung: die Frage, ob die Wahlberechtigten ihre Stimme bei der Sozialwahl künftig auch online abgeben können. Die Delegierten nahmen die erforderliche Satzungsänderung an. Damit kann die Stimmabgabe bei den Sozialwahlen der DRV Bund künftig

schriftlich und digital erfolgen, sobald die Gesetzesänderung kommt. Der dbb sieht darin einen wichtigen Schritt, um mehr Menschen für die Sozialwahlen zu mobilisieren. Zudem wurde der Haushaltsplan der DRV Bund einstimmig durch die Vertreterversammlung festgelegt und durch die Bundesvertreterversammlung bestätigt. Als Vertreterin des **dbb** nahm Michaela Mandal als stimmberechtigtes Mitglied an den Versammlungen der Deutschen Rentenversicherung Bund teil.

Termine:

11.-13. Januar 2026

dbb Jahrestagung 2026

„Starker Staat – krisenfest und bürgernah“

Weitere Informationen unter www.dbb.de

15.-16. Januar 2026

Einkommensrunde der Länder 25/26

2. Verhandlungsrunde

Weitere Informationen unter www.dbb.de

11.-13. Februar 2026

Einkommensrunde der Länder 25/26

3. Verhandlungsrunde

Weitere Informationen unter www.dbb.de

+++

In eigener Sache:

Das dbb aktuell geht in die Winterpause.

Wir bedanken uns für Ihr Interesse und wünschen Ihnen besinnliche Feiertage und einen guten Start ins neue Jahr.

Die nächste Ausgabe erscheint im Januar 2026.